SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit

Neidhardt, Friedhelm

Veröffentlichungsversion / Published Version
Vortrag / lecture

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Neidhardt, F. (2002). *Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit.* (WZB-Vorlesungen, 3). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-110101

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Friedhelm Neidhardt

Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit

WZB-Vorlesungen 3

Friedhelm Neidhardt

Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit

WZB-Vorlesung
26. November 2002

WZB-Vorlesungen **3**

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)
D-10785 Berlin-Tiergarten
Reichpietschufer 50
Telefon: 030-25 49 1-0
Telefax: 030-25 49 16 84
Internet: http://www.wz-berlin.de

Redaktion: Burckhard Wiebe
Gestaltung: kognito GmbH, Berlin
Druck: H. Heenemann, Berlin
WZB, 2002

Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit

Wissenschaftler haben in den 90er Jahren entdeckt, daß zu ihren interessierten Bezugsgruppen nicht nur die Kollegen und einige Abnehmer ihrer Produkte gehören, sondern auch die allgemeine Öffentlichkeit. Und die Institutionen der Wissenschaft glauben nun, auch das Massenpublikum unter Einsatz der Medien mehr als bisher pflegen zu müssen. Dies drückt sich in einer enormen Aufwertung von „Öffentlichkeitsarbeit" aus. In den Wissenschaftsorganisationen, Universitäten und Forschungsinstituten wurden Pressestellen eingerichtet oder erweitert. Die Zahl von Pressereferenten wuchs ständig und mit ihnen die Zahl von Presseinformationen und Pressekonferenzen.
Die Sponsoren der Wissenschaft, vor allem die einschlägigen Landes- und Bundesministerien, haben diese Entwicklung gefördert, auch gefordert. Das Bonner Forschungsministerium hat teure PR-Programme angestoßen und finanziert. Inzwischen gehört es zu den Leistungsbilanzen ehrgeiziger Wissenschaftseinrichtungen, in ihren Rechenschaftsberichten die Zahl öffentlicher Veranstaltungen, Medienauftritte, Internetdarbietungen und Zeitungsnotizen auszuweisen, mit denen sie sich dem Publikum offenbart haben. Peter Weingart (2001: 247) vermerkt zu Recht: „Schon die bloße Spiegelung in den Medien gilt als Erfolg." Damit ist eine medienbezogene Öffentlichkeitsarbeit zum Pflichtprogramm der Wissenschaft geworden.

Die gestiegenen PR-Anstrengungen der Wissenschaft werden sicher nicht nur mit dem generösen Bedürfnis zusammenhängen, ein möglichst großes Publikum zu unterhalten, aufzuklären oder gar zu bilden. Die Wissenschaftler der meisten Disziplinen fühlen sich immer noch eher belästigt von der Zumutung, außer an Ihresgleichen auch noch an Adressaten zu denken, die als Laien von wissenschaftlicher Tätigkeit eh nichts verstehen. Die außerordentliche Selbstbezogenheit einer besonders in Deutschland an „Einsamkeit und Freiheit" gewöhnten Wissenschaft läßt

sich zu sogenannter Öffentlichkeitsarbeit nur aufbrechen, wenn sie sich selber bedroht fühlt. Finanzierungsprobleme werden dabei zusammen mit der Annahme eine Rolle spielen, öffentliche Aufmerksamkeit für Wissenschaft könne zu deren öffentlicher Geltung und öffentliche Geltung zu Positionsgewinnen in der Konkurrenz um öffentliche Mittel führen. Offensichtlich gab und gibt es die Wahrnehmung, mit einer wachsenden Wissenschaftskritik ginge ein gefährlicher Geltungsverlust von Wissenschaft einher.
Wolfgang Frühwald, der langjährige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und jetzige Präsident der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, spricht spürbar alarmiert von einem „scientifischen Erschrecken" in der Bevölkerung. „Die wissenschaftsskeptischen Strömungen in der Moderne" seien „spätestens mit der raschen Entwicklung der sogenannten Kerntechniken in Physik und Biologie (also mit Atomtechnik und Gentechnologie) zu politischen und wirtschaftlichen Einflußfaktoren ersten Ranges geworden". Einige seiner Folgerungen decken sich mit den Forderungen von Manfred Erhardt, dem Generalsekretär des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft: Es müsse „in dieser Mediengesellschaft", so Erhardt, „ein professionelles Marketing für Wissenschaft institutionalisiert werden".

In meinem Vortrag beschäftigen mich die Fragen: Haben diese informierten und angesehenen Autoritäten Recht mit ihren Befürchtungen? Hat Wissenschaftskritik wirklich den Rang „wissenschaftsskeptischer Strömungen" angenommen, die das Prestige von Wissenschaft beschädigen? Könnte, wenn dies richtig wäre, Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe der Medien das Mittel der Wahl sein, um der Geltung von Wissenschaft wieder aufzuhelfen? Was wäre es dann, was ein solches Marketing zu fördern und darzustellen hätte, um erfolgreich zu sein? Und mit welchen Nebenfolgen müßte man dann für die Wissenschaft selber rechnen?

Theoretische und empirische Ansatzpunkte

Eine Wissenschaftssoziologie, die sich dieser Fragen annimmt, arbeitet mit zwei Strategien, um sie zu bearbeiten: mit Theorie und Empirie.

Theorie bietet die Möglichkeit, einem speziellen Problem eine allgemeine Fassung zu geben und ihm damit ein mehr oder weniger großes Feld prinzipiell vergleichbarer Fälle zu öffnen, von denen sich etwas für den Einzelfall lernen läßt. Was ist das allgemeine Problem, das am speziellen Fall des Verhältnisses von Wissenschaft und Öffentlichkeit eine besondere Ausprägung erfährt?

Ausdifferenzierung und Integration

Es kann sich bewähren, systemtheoretische Versionen der Differenzierungstheorie für eine allgemeinste Fassung des Öffentlichkeitsproblems der Wissenschaft heranzuziehen, wenn man sich dabei nicht in die verzwickten Sprachspiele dieser Theorie verstrickt. Wissenschaft läßt sich, ähnlich wie Ökonomie und Politik, als ein ausdifferenzierter Teilbereich moderner Gesellschaften verstehen – als eine Art Subsystem, das sich auf bestimmte Erkenntnisleistungen konzentriert hat und diese Zwecksetzung sowohl durch Steigerung seiner Autonomie nach außen als auch durch Strukturierung und Normierung der eigenen Operationen nach innen abgesichert hat. Das Ziel, auf das hin alle Standards der Wissenschaft bezogen sein sollten, besteht in der „Erweiterung abgesicherten Wissens" (Merton 1985: 89 f.; zuerst 1942).

Die Ausdifferenzierung aus diffuseren Funktionszusammenhängen, die im Namen des Erkenntnismandats der Wissenschaft erfolgt, bedeutet immer auch eine wachsende Unabhängigkeit von den Zwecken, Prinzipien und Verfahren anderer Gesellschaftsbereiche. Erst mit der Freisetzung von den Imperativen vor allem von Kirche und Staat hat sich Wissenschaft emanzipieren und gewissermaßen zu sich selber kommen können. Eine gewisse Indifferenz gegenüber außerwissenschaftlichen Interessen war und ist die Voraussetzung wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit. Diese Art Gleichgültigkeit war und ist aber auch der Grund für Folgeprobleme der gesellschaftlichen Integration, mit denen erhebliche Legitimationsprobleme der Wissenschaft einhergehen können – im Prinzip vergleichbar den Legitimationsproblemen kapitalistisch verfaßter Ökonomien.

Die Bürger einer Gesellschaft unterstützen Wissenschaft auf Dauer nur in dem Maße, in dem diese ihre Sinn- und Nutzenerwartungen hinreichend befriedigt. Das setzt bei den Institutionen der Wissenschaft voraus, daß sie das ihnen verliehene Mandat zur Selbststeuerung nicht als Recht auf akademischen Autismus interpretieren dürfen. Die Entwicklung und Sicherung von Ausdifferenzierung erfordert im Gegenzug eine Institutionalisierung integrativer Mechanismen – ein Erfordernis, das im Falle der Ökonomie dazu geführt hat, den frühen Manchesterkapitalismus in Richtung auf die sogenannte „soziale Marktwirtschaft" zu korrigieren.
Am Beispiel der Ökonomie läßt sich aber auch erkennen, daß die Dialektik von Ausdifferenzierung und Integration ein Balanceakt ist, der nach zwei Seiten hin mißlingen kann. Ausdifferenzierung darf nicht als Desintegration vonstatten gehen, Integration aber auch nicht auf Entdifferenzierung hinauslaufen. Auch im Falle von Wissenschaft gilt es, zwischen Entfremdung und Überfremdung ein Gleichgewicht herzustellen, in dem die wechselseitigen Erwartungen wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Akteure gegenseitige Anerkennung finden können.

Offensichtlich beruhen die gegenwärtigen Öffentlichkeitsoffensiven der Wissenschaft auf der Annahme, daß dieser Zustand wechselseitiger Anerkennung zum nachhaltigen Schaden der Wissenschaft zunehmend verpaßt werde und daß die gesellschaftliche Akzeptanz der Wissenschaft gefährlich schwinde. Ist eine entsprechende Krisendiagnose berechtigt? Wie äußert sich Kritik an Wissenschaft? Worauf zielt sie?

Fragen wie diese sind empirische Fragen. Die Wissenschaft muß sich, bevor sie ihre Probleme mit der Gesellschaft bearbeitet, immer wieder vergewissern, worum es wirklich geht. Und wenn sie sich über ihren Ruf in der Öffentlichkeit Sorgen macht, sollte sie geprüft haben, wie dieser Ruf tatsächlich beschaffen ist. Es ist ja nicht auszuschließen, man muß sogar damit rechnen, daß es auch in der Wissenschaft zu verzerrten Wahrnehmungen und zu überreizten Reaktionen kommt, wenn die eigenen Interessen ins Spiel geraten. Sie hat allen Anlaß, besitzt nun aber auch gute Chancen, sich vor ihrer eigenen Befangenheit zu schützen;
sie muß nur ihre Methoden auf sich selber anwenden, also über sich und ihre Resonanzen Forschung betreiben.

Die „Stimme der Medien"

Ich berichte im folgenden über eine eigene einschlägige Recherche, um vorhandene Problemformulierungen zum Thema „Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit" überprüfen zu können. Die Daten entstammen einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt, das ich zusammen mit einigen Mitarbeitern hier im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführt habe. Die Materialsammlung bezog sich auf Pressekommentare der überregionalen Zeitungen *Die Welt, Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau* und *die tageszeitung*. Aus den Jahren 1994 bis 1998 wurden aus diesen Zeitungen mit einer 50-Prozent-Stichprobe insgesamt 8.946 Leitartikel und Kommentare für eine Reihe von Analysen erhoben, die mit dem Thema „Wissenschaft" überwiegend nichts zu tun haben (Neidhardt/Eilders/Pfetsch 2001). Allerdings befinden sich unter den 8.946 Kommentaren insgesamt 387 Kommentare, die sich – direkt oder indirekt – mit Wissenschaft, Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsanwendung befassen. Ich habe diese einer quantitativen und qualitativen Sonderauswertung unterzogen und stütze die folgenden Aussagen über die gegenwärtige öffentliche Wahrnehmung von Wissenschaft überwiegend auf deren Ergebnisse.[1]

Dabei ist natürlich in Rechnung zu stellen, daß es bei unserem Kommentarmaterial um Feststellungen und Urteile einer kleinen Klasse von Akteuren geht, nämlich jener kleinen Elite von Journalisten, die in den Redaktionen deutscher Zeitungen den Auftrag und das Recht erhalten, in Kommentaren die „Stimme der Medien" in die öffentliche Meinungsbildung einzubringen. Sie stellen sozusagen das „Kommentariat" der deutschen Prestigepresse dar. Ihm kommt in den Prozessen öffentlicher Meinungsbildung eine beachtliche Bedeutung zu. Das deshalb, weil einerseits in einer Mediengesellschaft die Medien generell und die überregionalen Zeitungen im besonderen zu den politisch relevanten „Meinungsführern" gehören und weil andererseits in ihnen die Kommentatoren mehr als nur ihre private Meinung von sich geben, wenn sie sich in ihren Zeitungen äußern. Kommentarmeinungen sind (zumindest im

1 Ein ausführlicher Forschungsbericht liegt vor (Friedhelm Neidhardt: „Wissenschaft als Politikum – Inhaltsanalyse von Pressedaten"). Er soll im Sommer 2003 zusammen mit anderen Analysen des Kommentarmaterials veröffentlicht werden.

deutschen Mediensystem) relativ gute Indikatoren für die „redaktionellen Linien" ihrer Zeitungen.[2]

Kommt Pressekommentaren also eine Bedeutung zu, die weit über die kleine Textmenge von Kommentaren hinausgeht, so ist die Repräsentanz ihrer Inhalte doch in mindestens zweierlei Hinsicht einzuschränken bzw. zu spezifizieren. Aus der Vielzahl von Themen wählen Redaktionen im Durchschnitt nur vier bis fünf Themen aus, die sie als politisch so relevant einschätzen, daß sie dazu mit einem eigenen Kommentar ihre Stimme erheben wollen. In ihrer Chronistenrolle berichten sie in ihren Nachrichtenteilen viel breiter und intensiver; dies auch über Wissenschaft – und zwar nicht nur im Feuilleton, sondern in fast allen großen Zeitungen auch auf speziellen Wissenschafts- und Forschungsseiten. Hier werden eine Fülle von Forschungsberichten, die als instruktiv und unterhaltsam eingeschätzt werden, sowie sonstige Nachrichten und Meinungen, die die Wissenschaft betreffen, dem Publikum angeboten.
Mit den klassischen Pressekommentaren erfaßt man nur die jeweils sehr kleine Selektion von Themen und Akteuren, denen die professionellen Dauerbeobachter der öffentlichen Meinungsbildung, nämlich die Redaktionen, eine herausragende öffentliche Bedeutung zurechnen und von denen sie deshalb auch denken, sie dürften im Myriadenstrom täglicher Berichte aus aller Welt nicht untergehen. Hier geht es um die großen Themen, mit denen Wissenschaft als Politikum in der einen oder anderen Weise, das bleibt noch zu bestimmen, einen öffentlich herausragenden Rang zugewiesen wird. Mit und in den Pressekommentaren gerät Wissenschaft vor großem Publikum zur öffentlichen Angelegenheit.

2 Dafür spricht die hohe Korrelation, die einerseits in Zeitungskommentaren direkt und andererseits mehr oder weniger explizit in den viel umfänglicheren Nachrichtenteilen dieser Zeitungen zum Ausdruck kommen (Schönbach 1977: 48-51; Hagen 1992: 447 f.).

Wissenschaftsbezüge in Pressekommentaren

Was kann man nun lernen, wenn man solche Kommentare analysiert? Ist es häufig der Fall, daß Wissenschaft bei ihnen aufkommt? Welche Themen und Akteure sind davon betroffen? In welchen Zusammenhängen wird auf sie Bezug genommen? Wie schneiden sie ab? Welche Konsequenzen werden gezogen? Etwas spezifischer gefragt: Welche Integrationsprobleme von Wissenschaft äußern sich in der Öffentlichkeit mit welcher Brisanz?

Häufigkeiten und Kontexte

Ein erster Befund der Inhaltsanalyse ist, daß Wissenschaft in der Medienöffentlichkeit nur sehr selten – nämlich nur in vier bis fünf Prozent der Kommentare – als politisches Topthema aufkommt. Und wenn sie als solches erscheint, dann geht es weniger um Wissenschaft und Forschung an und für sich, auch nicht um Wissenschaftspolitik im engeren Sinne. Im Vordergrund steht die Anwendung von Wissenschaft und die Berufung auf ihre Expertise bei Themen, die in der Öffentlichkeit strittig sind (dazu Tabelle A1 im Anhang). Wissenschaft wird vornehmlich dadurch, daß sie praktisch wird, zum Gegenstand von würdigenden oder auch kritischen Kommentaren. Dabei geht es um die Einschätzung aktueller Wirtschaftsentwicklungen, um Therapien für Drogenabhängige, um Stimmen zur Rechtschreibreform, um Warnungen oder Entwarnungen zu weltweiten Klimaentwicklungen, um Wahlprognosen der Demoskopie etc. Zwei Drittel aller Kommentare, in denen von Wissenschaft die Rede ist, arbeiten mit einem Rekurs auf Wissenschaft und deren Experten in einem primär außerwissenschaftlichen Problemzusammenhang – manchmal mit der Berufung von Kommentatoren auf wissenschaftlichen Sachverstand zur Stützung ihrer eigenen Meinungen, manchmal auch mit ihren kritischen Einlassungen sei es zu den Unsicherheiten, sei es zu den problematischen Folgen wissenschaftlicher Expertise; darüber wird später noch genauer zu berichten sein.

Allenfalls bei der „Frankfurter Allgemeinen" und bei der „Süddeutschen" spielt Wissenschaft mit ihren Forschungsprozessen und Institutionen (z.B. den Fortschritten der Genforschung, neuen Entdeckungen der Schmerztherapie, Entwicklungen der Max-Planck-Gesellschaft, Problemen der Deutschen Forschungsgemeinschaft etc.) sowie als Gegenstand politi-

scher Einwirkungen auf ihre Produktionen und Organisationen (z.B. auf Gesetzesbestimmungen über Laborversuche mit Tieren, Reduktion der Wissenschaftsausgaben des Forschungsministeriums, Programme für Weltraumforschung etc.) eine mehr als marginale Rolle. Als überraschend kann vor allem das geringe Gewicht der speziell wissenschaftspolitischen Kommentarbezüge gewertet werden. Bezieht man die einschlägigen Fallzahlen auf die Gesamtmenge der Kommentare, so liegt der Anteil wissenschaftspolitischer Themenkomplexe deutlich niedriger als der Anteil vergleichbarer Policy-Felder, zum Beispiel von Bildungspolitik oder von Medienpolitik.

Es läßt sich also nicht feststellen, daß die Wissenschaft auch nur entfernt zu den Spitzenthemen öffentlicher Meinungsbildung zählt, soweit diese von der Agenda der untersuchten Pressekommentare her erkennbar werden. Sie spielt, geht es dabei um Politik, kaum eine Rolle. Wodurch mag das begründet sein? Und wie läßt sich dieser Befund bewerten?

Grundsätzlich drückt sich in dem Befund ein Umstand aus, der der Wissenschaft auch nach ihrer eigenen Deutung vor allem nützlich ist, nämlich die grundgesetzlich verbürgte Gewähr von Wissenschaftsfreiheit. Diese bedeutet das Mandat zur Selbststeuerung mit der Folge, daß der Politik eine Fülle permanent regulierungsbedürftiger Issues entzogen bleibt; die Wissenschaft muß diese über ihre Institutionen mit sich selber abmachen. Sie hängt dabei nun allerdings in einem gesteigerten Maße von sozioökonomischen und kulturellen Randbedingungen ab, die sie nicht selber erzeugen und sichern kann. Da diese Randbedingungen für die Wissenschaft in Deutschland nicht als problemfrei einzuschätzen sind, kann man den offensichtlich geringen öffentlichen Stellenwert des Politikums Wissenschaft beklagen und wohl auch meinen, es bedürfe regerer Öffentlichkeitsarbeit, um politisch zu reüssieren.
In welchem Maße die Wissenschaft von höherer Prominenz tatsächlich profitieren würde, erscheint allerdings als sehr fraglich. Es könnte sein, daß mit zunehmender öffentlicher Aufmerksamkeit vor allem Wissenschaftskritik Raum gewänne und daß die Wahrscheinlichkeit steigen würde, daß ihre Politisierung dem Prestige der Wissenschaft eher abträglich wäre. Im Hinblick darauf wird es nützlich sein, in der empirischen Analyse unserer Befunde einen Schritt weiterzugehen und zu fragen, mit welchen Themen welche Disziplinen von Wissenschaft in den Kommentaren vertreten sind, in denen Wissenschaft als Politikum aufkommt.

Disziplinen und Themen

Es entspricht der relativ geringen Wahrnehmung von Wissenschaft als politikrelevantem Systembereich, daß Wissenschaft allgemein, Wissenschaft als übergreifender Institutionenkomplex besonderer Art, in den Wissenschaftsbezügen der Kommentatoren kaum eine Rolle spielt. Wissenschaftsbezüge sind fast ausschließlich Bezüge auf eine einzelne Disziplin der Wissenschaft (siehe Tabelle A2). Welche Themen stehen dabei mit welchen Disziplinen im Vordergrund?

Ein sehr geringes Aufkommen ergab sich in den Kommentaren der mittleren und späten 90er Jahre für den Bereich der Technikwissenschaften. Das kann überraschen, wenn man sich vorstellt, daß die politisch durchaus umstrittenen Themenbereiche von Weltraumfahrt, neuen Kommunikations- sowie Solartechniken für die Aufmerksamkeit von Kommentatoren durchaus einschlägig sein können. Offensichtlich gab es dazu in der Erhebungsperiode aber nur wenige spektakuläre Entwicklungen und Problemballungen, die sich journalistischer Beurteilung aufgedrängt hätten. Auch große Unglücksfälle, die immer wieder dazu führen, daß die Technik als Sicherheitsproblem öffentliche Aufmerksamkeit erlangt, waren nur in einer Hinsicht zu beklagen, nämlich am Beispiel des großen Bahnunglücks von Eschede.

Im Hinblick auf die Geisteswissenschaften, die ebenfalls nur eine schwache Aufmerksamkeit bei den Kommentatoren fanden, gab es mit der umstrittenen Rechtschreibreform ein großes Thema, das in den Kommentaren aller Zeitungen eine gewisse Resonanz fand. Im übrigen gab die Zeitgeschichte mit ihren zum Teil kontroversen Ergebnissen zu Nationalsozialismus, Krieg und Holocaust dem heterogenen Disziplinenbereich der Geisteswissenschaften eine durchgehende, wenn auch relativ geringe Präsenz; die FAZ fällt in dieser Hinsicht mit überdurchschnittlichem Interesse auf. Vor allem die Konflikte über die Wehrmachtsausstellung und die Goldhagen-Debatte fanden in den Zeitungskommentaren der FAZ auch außerhalb des Feuilletons ein gewisses Interesse.

Daß in der oberen Hälfte der Fächerrangliste die Wirtschaftswissenschaften die Spitzenstellung einnehmen, reflektiert weniger die innerwissenschaftliche Reputation dieses Disziplinenfelds als den Problemgehalt der Sache, auf die sich die Expertise der Ökonomen bezieht. In modernen

Gesellschaften wird Politik zumindest in Zeiten besonderer Knappheit vor allem an dem Erfolg der Wirtschaft gemessen, und die Fortschrittsideologie, die kapitalistischen Gesellschaften ihren evolutionären Sinn verleiht, verkörpert sich im Bewußtsein der Bürger vor allem in der Wirtschaftsentwicklung. Die Ökonomen sind für die Öffentlichkeit insofern mehr als andere Wissenschaftler die Sachverständigen für Gegenwart und Zukunft. Vor allem die Konjunkturforscher werden von den Kommentatoren als Prognostiker unserer Wohlfahrtsentwicklung und als Deuter diesbezüglicher Chancen und Probleme ins Spiel gebracht. Die damit in Zusammenhang stehenden Themen von Steuern und von öffentlichen Haushalten gehören ebenfalls zu dem Repertoire ständig wiederkehrender Kommentarthemen; mit ihnen dann auch die Berufung auf Finanzwissenschaftler. Unter den überregionalen Zeitungen unserer Erhebung ist mit Abstand vor allen anderen Die Welt das Sprachrohr der Ökonomen.

Demgegenüber bringt die taz vor allem die Sozialwissenschaften ins Spiel. Das dürfte damit zusammenhängen, daß diese Zeitung vom Postmaterialismus der sogenannten „Neuen Politik", der die Bedeutung der Ökonomie relativiert, stärker geprägt ist als ihre Konkurrenz. Für den aber auch insgesamt durchaus beachtlichen Agendastatus der Sozialwissenschaft sorgt in den anderen Zeitungen in erheblichem Maße deren kommerzieller Ableger, nämlich die Demoskopie. Ähnlich wie die Berufung der Juristen auf die sogenannte „herrschende Meinung" ist der demoskopisch versicherte Rekurs auf Volkesstimme für Journalisten der schnellste Weg, eigene politische Positionen zu legitimieren. Die Umfrageforschung ist für sie offensichtlich interessanter als andere Forschungsrichtungen und Methoden der Sozialwissenschaft. Der Anspruch, daß Umfragen „repräsentativ" seien, suggeriert ihre demokratische Würde und macht sie zitierfähig.

Daß die Biowissenschaften in den Kommentaren stärker in den Vordergrund treten als die Naturwissenschaften wird nicht nur damit zusammenhängen, daß diese von jenen die Rolle der „zivilisationsprägenden Wissenschaft" übernommen haben und die „Basistechnologie des nächsten ökonomischen Großzyklus" liefern, wie Claus Koch (1999: 58) wohl mit Recht annimmt. Was die Naturwissenschaften dennoch im Hin und Her der öffentlichen Meinungsbildung präsent hält, hängt vor allem mit ihren geowissenschaftlichen Forschungsbereichen und den von

diesen bearbeiteten Fragen, unter anderem Fragen des Klimawandels, zusammen. Demgegenüber hat die Kernphysik in den späten 90er Jahren (zumindest in Deutschland) ihren besonderen öffentlichen Rang weitgehend verloren.
Anders die Genforschung in den Biowissenschaften und auch in der Medizin. Würde man bei der Codierung des Kommentarmaterials die biomedizinischen Komplexe zusammenführen, so würde die öffentliche Bedeutung des Issues *Genforschung/Gentechnologie* in die Spitze der Rangliste rücken. Mit diesem Komplex verbinden sich in den Pressekommentaren der 90er Jahre in relativ großer Zahl sowohl elementare Bedenken als auch Hoffnungen. In der Medizin haben für die Aufmerksamkeit der Kommentatoren allerdings auch einige Skandale gesorgt, die sich aus heiklen Verknüpfungen medizinischer und pharmaindustrieller Interessenlagen ergaben; darüber später mehr.

Auch dieses letzte Beispiel läßt erkennen, daß Prominenz kein Indikator für Prestige ist. Der Kommentarstatus der Disziplinen ergibt sich aus Umständen, die für deren Bewertung keineswegs eindeutig sind. Disziplinen können Prominenz erlangen, weil ihre Expertise ständig gebraucht und zitiert wird – oder aber auch umgekehrt, weil sie mit ihren Erkenntnissen problematisch werden. Mediale Aufmerksamkeit bedeutet nicht mediale Zustimmung – oft sogar das Gegenteil. Dies läßt sich mit unserem Material verdeutlichen.

Disziplinenbewertungen

Man kann bei der Analyse der Kommentare auch die Bewertungen der Wissenschaft und ihrer Disziplinen ermitteln (dazu Tabelle A3). Bildet man aus dem statistischen Verhältnis von positiven und negativen Konnotationen eine Bewertungsrangfolge der Disziplinen, so korreliert diese mit der Rangliste der Nennungshäufigkeiten nur sehr mäßig. Daß die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in beiden Fällen an erster Stelle liegen, hängt zu einem nicht geringen Teil damit zusammen, daß die Kommentatoren sich bei ihren Einschätzungen einerseits der Wirtschaftslage und andererseits der Bevölkerungsstimmung auf die Routineerhebungen sowohl der Konjunkturforschung als auch der Demoskopie verlassen, weil bessere Messungen für beide Zwecke nicht zur Verfügung stehen.
Die Angewiesenheit auf die Expertise beider Forschungszweige relativiert

offensichtlich die auch vorhandenen Vorbehalte gegen die Validität und Zuverlässigkeit ihrer Forschungsergebnisse. Also erscheinen die in den Kommentaren angesprochenen sozialwissenschaftlichen Experten in ihrer Gewährsrolle weit überwiegend, nämlich in drei Vierteln aller Fälle, in einem positiven Licht. Eine ähnliche Rolle spielen andere Wissenschaftsbereiche für die mediale Deutung des Tagesgeschehens seltener. Andere Gründe sind maßgeblich dafür, daß sie in Pressekommentaren auftauchen.

Andere Gründe bestehen überwiegend darin, daß die Forschung einiger Wissenschaftsdisziplinen sei es Verwertungsprobleme bei der Anwendung ihrer Ergebnisse erzeugen, sei es Integritätsprobleme aufwerfen, die den Zustand dieser Disziplinen selber betreffen. Das läßt sich vor allem an den Biowissenschaften deutlich machen: Sie erscheinen, aus Gründen, auf die zurückzukommen sein wird, überwiegend in einem schlechten Licht. Dies wird in der deutschen Presselandschaft vor allem, aber nicht nur, durch die kritische Berichterstattung sowohl der taz als auch der Frankfurter Rundschau über die Genforschung und vor allem ihre gentechnologische Anwendung erzeugt.

Allerdings ist festzuhalten, daß auch bei diesen beiden Zeitungen, die in einem überdurchschnittlichem Maße wissenschaftskritisch sind, der Anteil positiver den Anteil negativer Wissenschaftsbezüge insgesamt noch sehr deutlich übersteigt (siehe Tabelle A4). Generell ist nicht zu übersehen, daß bei aller Problematisierung der Wissenschaft im einzelnen und trotz eines gewissen Maßes an Ambivalenz die Gesamtbilanz für die Wissenschaft in den untersuchten Kommentaren eindeutig positiv ausfällt.

Argumente für und gegen Wissenschaft

Im folgenden will ich etwas genauer die Inhalte von Zustimmung, aber auch die Art vorhandener Ambivalenzen ebenso wie die Gegenstände öffentlicher Wissenschaftkritik untersuchen. Eine quantitative Analyse gibt Hinweise auf die Gewichtung der Positionen, die für oder gegen Wissenschaft bezogen werden, und sie zeigt, wer bzw. welche Disziplinen in welchem Maße von dem einen oder dem anderen betroffen werden. Erst eine qualitative Analyse wird zeigen, was dabei zur Sprache kommt.

Relatives Vertrauen – „Goodwill"

Die deutlich positive Einschätzung der Kommentatoren macht sich in unserem Material neben allem sonstigen dadurch bemerkbar, daß dann, wenn in den Kommentaren von „Wissenschaft allgemein", also ohne speziellen Disziplinenbezug, die Rede ist, respektvolle Erwähnungen ausgesprochen häufig vorkommen, nämlich in mehr als drei Vierteln aller einschlägigen Fälle vorliegen. Disziplinenkritik im einzelnen wird bei den Kommentatoren also nicht – oder nur in sehr begrenztem Maße – auf Wissenschaft insgesamt generalisiert. Wissenschaft insgesamt besitzt offensichtlich anhaltend einen beachtlichen Vertrauenskredit. Dieser ist nicht nur bei der Journalistenelite erkennbar, die in unserem Kommentarprojekt beobachtet worden ist, sondern – wie sich aus anderen Studien ergibt – auch in der Bevölkerung. Verglichen mit anderen gesellschaftlichen Institutionen, zu denen das Vertrauen der Bevölkerung mit überwiegend abschätzigen Befunden befragt wurde (vgl. Neidhardt 1994; Listhaug/Wiberg 1995; Derlien 1997), besitzt die Wissenschaft generell eine weit überdurchschnittliche Reputation - dies zum Beispiel im Vergleich zu Parlamenten, Parteien und Interessenverbänden, aber vor allem auch der Medien.

In unserer Untersuchung drückt sich diese relative Wertschätzung der Wissenschaft auch bei der Prestigeeinschätzung von Berufen aus. In unserem Gesamtmaterial finden sich nicht nur Kommentarbewertungen von Wissenschaftlern, sondern auch von einigen vergleichbaren Berufsgruppen, zum Beispiel von Geistlichen, Unternehmern, Journalisten und

Politikern. Erkennbar ist, daß Wissenschaftler im Urteil der Kommentatoren mit Abstand am besten abschneiden (vgl. Tabelle A5). Ihr Berufsprestige wird in der Bevölkerung, wie andere Untersuchungen zeigen, nur von dem der Ärzte übertroffen (dazu Tabelle B2).[3] Die Wissenschaften „genießen nämlich", so Claus Koch (1999: 56), „auch wenn ihre Konsequenzen und technischen Endprodukte oft beklagt werden, wo sie neue Unsicherheit hervorrufen, die prinzipielle Vermutung, im Auftrag des Fortschritts tätig zu sein. Und Fortschritt ist nun einmal die Basis-Religion unserer Zivilisation ..." (vgl. dazu Tabelle B1).

In unseren Kommentaren kommt die relative Wertschätzung von Wissenschaft des weiteren dadurch zum Ausdruck, daß in allen Zeitungen die Sorge um die hinreichende Unterstützung der Wissenschaft verbreitet und immer wieder die Unterfinanzierung der Forschung beklagt wird. „Es ist", so heißt es in unseren Zeitungen zum Beispiel, „hochgefährlich, an den Etats für Forschung und Wissenschaft zu kürzen. Dies geschieht in Deutschland, obwohl man dort wissen müßte, daß alles Soziale am Faden neuer Produkte hängt." (DW 22.11.96) Deshalb wird immer wieder verlangt, der Staat „müsse deutlich mehr Mittel für Forschung und Bildung bereitstellen." (FR 26.11.94) Das gelte in „der Bundesrepublik als rohstoffarmem Land" nicht zuletzt für die umstrittene Genforschung, „damit der Forschungszweig nicht ausschließlich von wirtschaftlichen Interessen geprägt wird." (SZ 8.7.97)

Experten als „opportune Zeugen"

Als geradezu autoritativ erscheint Wissenschaft dort, wo sie von den Kommentatoren zur Legitimierung und Fundierung eigener Meinungen gebraucht und zitiert wird; sie gerät in dieser Rolle in den Rang einer Instanz. Das ergibt sich bei den Journalisten laufend bei ihrem Rekurs auf wissenschaftliche Experten, obwohl bei ihnen daneben auch Expertenkritik feststellbar ist. Diese Kritik – ich werde später ausführlicher darauf zurückkommen – stößt sich überwiegend an der Befangenheit von Experten sowie an ihren Widersprüchen. Da heißt es: „So werden Medien – und gutwillige Politiker – durch den Streit der Experten

3 Die Spitzenstellung von Wissenschaftlern in Prestigeskalen ergibt sich auch aus amerikanischen Umfragen (vgl. Weingart 2001: 234, Fn.1).

gelähmt. Wie sollen sie entscheiden, wer (von ihnen; F.N.) gekauft und wer neutral ist, welche Warnung und Schadensfeststellung zutrifft, wenn sich die Fachleute die widersprüchlichsten Befunde um die Ohren hauen?" (FR 19.12.94)
Eine durchaus verbreitete Ambivalenz gegenüber Gutachtern drückt die Süddeutsche Zeitung (10.11.94) mit rabulisierendem Sarkasmus wie folgt aus: „Normalerweise geht alles gut: Da bestellt jemand beim Gutachter ein Gutachten, damit möglichst gute Köpfe das gut finden, was man selber gut findet. Das klappt ziemlich oft, aber nicht immer. Wenn der Gutachter nämlich schlecht findet, was er eigentlich gut finden soll, oder wenn er gut findet, was der Auftraggeber schlecht findet, dann kann es passieren, daß der Besteller des Gutachtens den Gutachter als Schlechtmacher und wahrscheinlich sogar als Mißachter schlechtmacht."

Gleichwohl, und das ist eigentlich erstaunlich: Wenn es ihnen selber paßt, berufen sich auch die Kommentatoren – und dies meistens ohne allen Vorbehalt – auf den Sachverstand akademischer Experten und damit auch auf die Autorität der Wissenschaft; und das passiert ständig. Wissenschaft spielt bei komplexen Sachfragen die Funktion, die bei normativen Streitfällen das Bundesverfassungsgericht spielt – der Kritik nicht entzogen, dennoch von überragender Reputation. Und diese Reputation wird vor allem dann gern in Anspruch genommen, wenn sie den eigenen Positionen zugute kommt. Insoweit spielen die Experten in den Kommentaren die Rolle „opportuner Zeugen" (Hagen 1992). Nicht selten wird diese Rolle durch Qualifizierungen beglaubigt, von denen unklar bleibt, von wem sie im Einzelfall verliehen werden. Regelmäßig ist die Rede von „angesehenen", „reputierlichen", „namhaften" oder auch „prominenten" Experten, „von ernstzunehmenden Wissenschaftlern", „von Stimmen mit Gewicht", bei der taz nach Prüfung von *moral correctness* auch von „aufrechten WissenschaftlerInnen". Solche Qualifizierungen sind für den Argumentationskontext, in den sie eingebracht werden, in der Regel nützlich; dies umso mehr, als sie unfalsifizierbar sind, da die Namen der „Namhaften" in den Kommentaren kaum je genannt werden.

Wie immer die Rechtfertigung konkreter Expertenrekurse im einzelnen begründet sein mag, sei es mit überzeugenden, sei es mit zweifelhaften Argumenten – daß die Wissenschaft mit Wissenschaftlern, die die Rolle von Experten spielen, immer wieder in den Rang einer richterlichen

Instanz befördert wird, belegt die gesellschaftliche Autorität, die sie trotz aller vorhandenen Wissenschaftskritik anhaltend besitzt.[4] Man hat nichts besseres, wenn es um Erkenntnisfragen geht.

Enttäuschungen und Vorbehalte

Man kann nun allerdings nicht davon ausgehen, daß ein nachweisbares Grundvertrauen in Wissenschaft unbedingt und unzerstörbar sei. Wo sich Vertrauen gebildet hat, entstehen zwar gewisse Enttäuschungstoleranzen, mit denen Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit beiseite geschoben oder absorbiert werden, aber Gutmütigkeit gilt nicht grenzenlos. Auch die Wissenschaft kann ihren Goodwill verspielen, wenn die Einsprüche gegen sie in großer Zahl und mit brisantem Inhalt aufkommen. Also ist die Frage: Wogegen richtet sich mit einer gewissen Häufigkeit ausdrücklich oder implizit der öffentliche Einwand gegen Wissenschaft oder Wisse nschaftsdisziplinen? Wo also müssen die Problemlösungen ansetzen, die die soziale Geltung von Wissenschaft stabilisieren und noch steigern sollen?

Offenkundig sind immer wieder Enttäuschungen, die mit der Wahrnehmung der Leistungsgrenzen der Wissenschaft im Hinblick auf ihren spezifischen Auftrag entstehen, „die Erweiterung abgesicherten Wissens" (Merton) zu erreichen. Dies wird dem Laien unter anderem dann erkennbar, wenn – davon war eben schon die Rede – Experten sich in ihren Analysen bei Angelegenheiten von praktischer Bedeutung eklatant widersprechen und dann auch keine Einigung darüber erreichen, was denn zu tun sei. Etwa bei der Frage, ob übersteigerten Ozonwerten mit Geschwi ndigkeitsbegrenzungen des Kraftfahrzeugverkehrs wirksam zu begegnen sei. Die FAZ (28.3.95) notiert zu diesem Thema mit deutlicher Klage: „Die Wissenschaft streitet." Ähnliche Reaktionen gab es im Hinblick auf die von der Wissenschaft erwarteten Aufklärungen zu den Gründen und Folgen von BSE: „Kaum war das Expertenwort gesprochen, wurden andere Experten um eine Stellungnahme gebeten. Das Wort Unsinn fiel nicht, ist aber die kürzeste Zusammenfassung der vielstimmigen Kritik. In

4 Diese Folgerung entspricht Befunden amerikanischer Untersuchungen über medienvermittelte Einflüsse auf die Bevölkerungsmeinung. "`Experts´ have quite a substantial impact on public opinion." Der Grund sei "a high level of credibility, which we believe as crucial to their influence on the public" (Page / Shapiro / Dempsey 1987: 35, 38; vgl. auch Ruhrmann 1992: 186).

der Angst vor dem Rinderwahn sucht der Laie Halt bei der Wissenschaft. Doch die erweist sich auch nicht als Hort kühler Rationalität" – so noch einmal die FAZ (4.4.96).

Im übrigen ist in den Kommentaren gelegentliche Häme dann zu lesen, wenn – wie bei den Konjunkturforschern regelmäßig, bei den Demoskopen gelegentlich – erhebliche Prognosefehler unverkennbar sind: Das Wirtschaftswachstum war viel schwächer als von den führenden Wirtschaftsinstituten ankündigt, die Inflationsrate deutlich höher – und die NPD ist entgegen den Vorhersagen aus Allensbach doch nicht in den Landtag gekommen. Aber es ist auffällig, daß die Disziplinen, denen Konjunktur- und Umfrageforschung zugehören, nämlich Ökonomie und Sozialwissenschaft, im Urteil der Kommentatoren nicht nur nicht schlecht, sondern ausgesprochen gut abschneiden. Und diese Disziplinen schneiden deshalb so gut ab, weil die Kommentatoren sich bei ihren Urteilen in Ermangelung zuverlässigerer Quellen häufig auf die Ergebnisse der Konjunktur- und Umfrageforschung stützen müssen.
Man kann deshalb davon ausgehen, daß bis zu einer nicht genau bestimmbaren Grenze die Fehlermenge, die den Wissenschaften zugerechnet werden kann, zwar jeweils spezifische Kritik und auch eine gewisse Larmoyanz, aber nicht unbedingt einen allgemeinen Geltungsentzug auslöst. Solange Konjunktur- und Umfrageforscher nicht ständig irren und solange die Forschung anderer Disizplinen immer wieder mit mirakulösen Leistungen aufwartet, die der Laie nicht verstehen kann und umso mehr bewundert – Erkenntnisleistungen, die die Computertechnik, die Weltraumfahrt, bestimmte ärztliche Diagnose- und Therapiemethoden bis hin zu den Haushaltspraktiken mit Hilfe der Mikrowelle befördert haben –, solange wird ein Nimbus von Wissenschaft dafür sorgen, daß ihr Prestige durch ihre Widersprüche und Irrtümer nicht „eins-zu-eins" ruiniert werden kann.

Verdächte und Mißtrauen

Empfindlicher wird der Ruf der Wissenschaft allerdings in den Bereichen zu beschädigen sein, in denen der Argwohn durchschlägt, das Aufkommen von Fehlern besitze eine systematische Quelle, die mit der institutionellen Stellung bestimmter Forschungsbereiche und – damit verbunden – mit ihrer moralischen Integrität zu tun habe. Der Nimbus der Wissenschaft lebt von der Wahrnehmung ihrer Unabhängigkeit und

Unbefangenheit. Im Hinblick darauf werden in den Kommentaren zwei Umstände aufgebracht und häufig auch skandalisiert, die gegen das Prestige von Wissenschaft nachhaltig wirksam werden können – einerseits die wachsende Kommerzialisierung der Wissenschaft, andererseits ihre Borniertheit bei der Vertretung der eigenen Forschungsinteressen.

Zum ersten: Die Kommerzialisierung von Wissenschaft wird als Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit vor allem am Beispiel der Medizinforschung als sehr problematisch bewertet. Deren Finanzierung laufe in einer unbehaglichen „Grauzone" (FAZ, 31.5.94) ab. Ein „Amigosystem" (taz, 30.5.94; SZ, 31.5.94) von Pharmaindustrie und Medizinforschern sorge für einen Bias, der der Glaubwürdigkeit der Forschungsergebnisse systematisch abträglich sei – eine Annahme, für die es nun durchaus auch empirische Belege gibt.
Ebenso in der Umweltforschung werden die Folgen beklagt, die durch Kommerzialisierung für die Integrität von Wissenschaft entstünden. Dazu die taz (22.2.97): „Das wissenschaftlich fundierte Bild von ökologischer Wirklichkeit, wie es die Summe von zum Teil gegensätzlichen Studien vermittelt, wird entscheidend durch die Finanzkraft geprägt. Die Durchführung der Studien reguliert sich weitgehend über Nachfragemacht. Der Finanzier bestimmt letztlich die Fragestellung – und damit wesentlich auch das Studienresultat. Der Markt für Forschungsstudien ist ein vermachteter Markt. Und bei Umweltproblemen sind mächtige Interessen im Spiel."

Gleiches trifft natürlich auch auf die Genforschung zu, der sich die Wissenschaftskritik in den Kommentaren der Jahre 1994 bis 1998 in besonderem Maße zugewendet hat. Im Banne ökonomischer Interessen, so heißt es, „folgen Biomediziner und ihre Apologeten nur ihrer einseitigen und interessenabhängigen Logik und verabsolutieren ihre Sicht der Dinge" (FR, 7.10.94).

Bei Angriffen dieser Art geht es nicht mehr um die Feststellung eines Fehlers, sondern es geht um die Behauptung einer sich festsetzenden Tendenz zu solchen Fehlern, also um den Verdacht genereller Unzuverlässigkeit. Die Überfremdung der Wissenschaft durch außerwissenschaftliche Interessen verbreitet Mißtrauen und beschädigt deren Reputation. Das trifft im Prinzip auch auf Fälle zu, in denen eine starke Politikabhängigkeit der Forschung festzustellen ist – wie zum Beispiel im Falle

vieler Partei- und Interessenverbandseinrichtungen der Forschung; in den vergangenen Jahren stand allerdings stärker die Kommerzialisierung im Brennpunkt öffentlichen Interesses.

Zum zweiten: Die Wissenschaft selber vergrößert das Mißtrauen gegen sie, wenn sie dem Publikum, vielleicht auch sich selber, nicht klar macht, in welcher Weise und in welchem Maße sie eigene Interessen mit solchen Abhängigkeiten verbindet, damit undurchschaubar wird und sich öffentlicher Kontrolle im Namen einer überstrapazierten Forschungsfreiheit auch dann entzieht, wenn die Konsequenzen der Forschung die Interessen der Bevölkerung nachhaltig beeinflussen. Auf diese Attitüde reagieren unsere Kommentatoren mit oft bissiger Kritik.
Da ist die Rede vom „Machbarkeitswahn" der Genforschung und – es geht dabei um die Nutzung hochangereicherten Urans für einen neuen Garchinger Reaktor – von der „Arroganz einer Münchener Physikerclique" (taz, 25.4.94 bzw. 17.7.95). In den Labors spiele „sich eine Entwicklung ab, die bald die Demokratie gefährden könne". Der Vorwurf lautet: „Forschung versteht sich in Teilen offenbar als ein subpolitisches System mit eigenen Spielregeln. Kontrolle und Verantwortung sind vielen Wissenschaftlern schon immer Fremdwörter gewesen". So sei es denn auch dazu gekommen, daß das Projekt „Dolly der Öffentlichkeit erst präsentiert wurde, als sie geboren war" (FR, 4.8.97).

Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang allerdings auch ausgewogen differenzierende Beurteilungen, mit denen davor gewarnt wird, Wissenschaft auf die Rolle als „Angstmacher" zu reduzieren. „Die Folgen der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse (nicht nur zu militärischen Zwecken) haben nicht erst seit Tschernobyl", so die Süddeutsche Zeitung (12.10.98), „für eine – meist latente, manchmal akute – Alarmstimmung gesorgt, und das immer wieder zu Recht. Allerdings ist es gerade diese Alarmstimmung, die das sachliche Abwägen so schwer macht ... Jüngstes Opfer: die Genforschung, der man jeden Unfug und jeden Horror zutraut ..."
Daß im Hinblick darauf Kommentatoren auch vor „Katastropheten" warnen (DW, 6.4.98), zeigt, daß die Wissenschaft in der medialen Öffentlichkeit nicht einer geschlossenen Front gegenübersteht, wenn es darum geht, für die Betrachtung ihrer Angelegenheiten Augenmaß einzuwerben. Sie muß dabei allerdings in allen Medien der Öffentlichkeit durchweg mit einer Moralisierung wissenschaftlicher Angelegenheiten

rechnen, die die Wissenschaftler – um ihrer selbst willen – empfindsamer wahrnehmen und skrupulöser bearbeiten müssen, als sie gewöhnt sind. Die öffentliche Kritik der Medien: „Allen Beteuerungen zum Trotz hat sich die Wissenschaft hinter Labormauern verschanzt." (FAZ, 19.10.98)

Empfehlungen an die Wissenschaft

Faßt man die Ergebnisse der Kommentarstudie für einige Folgerungen zusammen – und das soll nun in meinem letzten Vorlesungsteil geschehen –, so ist zuerst einmal festzuhalten, daß in den 90er Jahren Wissenschaft insgesamt kein „hot issue" auf der politischen Agenda der von uns untersuchten Medien war. Dies hängt, so läßt sich angesichts der allgemeinen Problem- und Konfliktpräferenzen der Medien annehmen, damit zusammen, daß ein allgemeines Vertrauen in die Wissenschaft trotz aller Zweifel und Ängste, die sich in bestimmten Bereichen an ihrer Forschung entzünden, und entgegen dem Lamento, das man von Wissenschaftlern selber in der Öffentlichkeit oft vernimmt, in der Tat nicht zusammengebrochen ist. Es bewegt sich im allgemeinen, vergleicht man Wissenschaft mit anderen Institutionenkomplexen unserer Gesellschaft, auf außerordentlichem Niveau (vgl. Weingart 2001: 247 ff.).
Bei den von uns beobachteten Kommentatoren zeigt sich der Rang der Wissenschaft nicht zuletzt daran, daß sie deren Kompetenz bei der Begründung ihrer eigenen Positionen ständig in Anspruch nehmen. Selbst die Kritik an der Wissenschaft zitiert wissenschaftliche Expertise, um sich zu fundieren. Eine solche Kritik ist insofern also nicht verallgemeinerungsfähig auf Wissenschaft schlechthin. Eine Gesellschaft, die sich als Wissensgesellschaft versteht, kann nicht gleichzeitig den Haupterzeuger von Wissen – nämlich die Wissenschaft – rundum diskreditieren wollen. Und sie tut es auch nicht.

Die gleichwohl vorhandene, zum Teil durchaus fundamentale Kritik an bestimmten Forschungsfeldern der Wissenschaft zeigt allerdings, daß das Vertrauen in Wissenschaft nicht unbedingt ist. Die Wissenschaft hat angesichts dieser für sie insgesamt instruktiven Fälle insoweit Anlaß, gewissenhaft zu fragen, worauf sich die Kritik bezieht und ob die Gegebenheiten, die sie problematisiert, korrigierbar sind, ohne daß die Identität von Wissenschaft dabei Schaden nimmt. Es geht hier wie

bei der Integration aller ausdifferenzierten Funktionsbereiche moderner Gesellschaften um die Austarierung relativer Autonomie – ein Vorgang, für den immer zweierlei zu bedenken ist, nämlich sowohl die Eigenständigkeit als auch die Einbettung von Wissenschaft.
Sie muß einerseits gesellschaftliche Bedürfnisse nach bestimmten Arten und Leistungen von Wissenschaft ernstnehmen und berücksichtigen. Sie muß andererseits – und davon will ich im folgenden zuerst sprechen – verhindern, sich von solchen Bedürfnissen absorbieren zu lassen. Es geht darum, daß Wissenschaft bei aller notwendigen Bemühung um Respon-sivität ihren Status als ausdifferenziertes System und ihr Recht auf relative Selbstverfügung verteidigen muß – verteidigen muß, um ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen zu können (vgl. Bühl 1974: 233 ff.). Systemtheoretisch gesprochen: Wissenschaft darf den berechtigten Druck auf Verstärkung ihrer gesellschaftlichen Integration nicht mit Entdiffe-renzierung bezahlen wollen. Dazu muß sie in mindestens dreierlei Hinsicht Grenzen schützen, Zumutungen abwehren und Indifferenzen verteidigen.

Dimensionen der Selbstbestimmung

Erstens: In sozialer Hinsicht gehört zur Grenzsicherung das Insistieren darauf, daß Wissenschaft ein Recht auf Unverständlichkeit besitzt. Das heißt nicht, sie solle dieses Recht auch dann wahrnehmen, wenn es zur Selbstverständigung gar nicht gebraucht wird. Wissenschaft muß bemüht bleiben, für ihre Befunde eine allgemeine Sprache zu finden, und das ist immer wieder möglich – in vielen geisteswissenschaftlichen Disziplinen sicher eher als in den meisten Natur- und Technikwissenschaften. Aber es wäre absurd, Forschung generell an die Auflage binden zu wollen, daß Laien sie verstehen können müssen.
Das auf Wissenschaft bezogene Integrationsprogramm, das auch in Deutschland unter dem Titel „Public Understanding of Science" von der Forschungspolitik kräftig gefördert wurde und immer noch gefördert wird, verkennt den allgemeinen Sinn von spezieller Ausdifferenzierung: Es kann nicht um das externe Verstehen interner Prozesse gehen, also im Falle der Wissenschaft: um das Verstehen von Forschungsinhalten und Forschungsprozessen - das ist von außen fast immer unmöglich; es geht primär um das Bewähren der Leistungen, die sich aus diesen Prozessen ergeben, also der Forschungsergebnisse. Dabei ist allerdings die Entscheidung darüber, was „Bewährung" heißt, nicht in das Definitionsmonopol der Wissenschaft gestellt; ich komme darauf zurück.

Zweitens: Von den Leistungen, die die Allgemeinheit von Wissenschaft erwartet, darf in zeitlicher Hinsicht nicht gefordert werden, daß sie jederzeit abgerufen werden können, immer dann, wenn das Publikum sie braucht. Geht es bei der Wissenschaft um „die Erweiterung abgesicherten Wissens", bedarf es zur Validierung von Entdeckungen bestimmter, oft lang dauernder Karenzzeiten, in denen neue Erkenntnisse wissenschaftsintern überprüft werden können, bevor sie wissenschaftlich als akzeptierbar gelten können und in der „scientific community" zur „herrschenden Meinung" werden (Tenbruck 1971: 342).
Man muß den beteiligten Forschern ein hinreichendes Maß an Ruhe sichern, um die Öffentlichkeit vor unreifen Zwischenprodukten zu schützen. Und man muß Wissenschaft aus diesem Grunde auch gegen Medien immer dann schützen, wenn deren News-Orientierung weniger auf gediegene als auf neue und sensationelle Informationen bezogen ist. Wissenschaft ist nicht dazu da, die medial erzeugten Geräuschentwicklungen öffentlicher Meinungsbildung mit Sensationsmeldungen zu verstärken. Zu ihrer öffentlichen Verantwortung gehört auch die Verpflichtung zu schweigen, wenn es nichts zu sagen gibt.

Drittens: Auch wenn Wissenschaft etwas zu sagen hat, bleibt in sachlicher Hinsicht ein unaufhebbares öffentliches Beziehungsproblem der Wissenschaft bestehen. Dieses ergibt sich daraus, daß auch im ausgereiften Zustand wissenschaftliches Wissen nicht völlig sicher sein kann und seine Nutzung deshalb auch im bestmöglichen Fall nicht ohne eine Restfehlerwahrscheinlichkeit bleibt, und das heißt auch: nicht völlig ohne Risiken angewandt werden kann. Wissen läßt sich verbessern und damit sicherer und gebrauchsfähiger machen – darin besteht die vornehmste Aufgabe der Wissenschaft. Ihre erste Pflicht besteht dann darin, vermeidbare Fehler zu vermeiden. Aber auch wenn der Wissenschaft das gelingt, bleibt ihr Wissen fehlbar.
Die Grenzen ihrer Erkenntnismöglichkeiten ergeben sich vor allem aus der Zufälligkeit und Unüberschaubarkeit von Kontextbedingungen, aus der Nicht-Linearität kausaler Zusammenhänge und aus der Selbstreflexivität komplexer Systemprozesse, in die alle Einzelheiten, die es zu wissen lohnt, eingebettet sind (siehe z.B. Gallopín et al. 2001: 225). Wissenschaft ist deshalb prinzipiell überfordert, wenn Menschen ihr die Gabe abverlangen, ihnen absolute Sicherheit zu garantieren, sie vor Überraschungen zu schützen und ihnen alle Angst zu nehmen. Und sie muß sich deshalb dagegen wehren, in diesem Sinne perfekt zu erschei-

nen. „Gerade der Fortschritt der Wissenschaft" – so Hubert Markl – „hat uns Bescheidenheit und Vorsicht gelehrt." (Markl 2001: 11)

Also, aus legitimierbaren Schutzinteressen der Wissenschaft ergeben sich letztlich unüberbrückbare Spannungen zu wissenschaftsexternen Interessenlagen, die sich nicht generell auflösen, sondern immer wieder nur auf Zeit befrieden lassen: Öffentlichkeit und Politik wollen erstens verstehen, was Wissenschaft macht; sie wollen von dieser zweitens mit Leistungen genau dann bedient werden, wenn diese gebraucht werden; sie wollen drittens, daß diese Leistungen nicht nur pünktlich, sondern auch absolut zuverlässig erbracht werden und nicht mit Restrisiken verbunden sind, die der Allgemeinheit Angst machen können.
Die Wissenschaft muß diese Erwartungen ernst nehmen und ihnen entsprechen wollen, so gut das geht; sie ist keine Veranstaltung „for its own sake". Aber sie wird solche Erwartungen immer wieder enttäuschen müssen, da sie, um leistungsfähig zu sein, ein Spiel nach aparten Regeln vollziehen muß. Dazu gehören ein hohes Maß an epistemischer Selbstreferenz, eine eigene Zeitökonomie und auch das selbstkritische Wissen um die Unabschließbarkeit aller Erkenntnis. Meine Hauptthese: Ein Einbruch des allgemeinen Wissenschaftsvertrauens ist auf Dauer dort zu erwarten, wo die Wissenschaft aufhört, diese Voraussetzungen ihrer Leistungsfähigkeit auch gegen Widerstand zu behaupten.

„Interpenetrationen"

Ist dies gesagt, wird man die andere Seite des gesellschaftlichen Verhältnisses von Wissenschaft ansprechen und fragen müssen, wo ihre Autonomie zu relativieren und mit welchen Mitteln die gesellschaftliche Integration herzustellen ist. Bevor ich darauf Antworten versuche, erscheint es nützlich, noch einmal genauer einzukreisen, wo das Problem des gesellschaftlichen Verhältnisses von Wissenschaft liegt. Worum geht es?

Ich behandele diese Frage nicht wissenschaftsphilosophisch, sondern empirisch-analytisch, nämlich als ein Problem, dessen Dimensionen an den Einlassungen und Beschwerden abzulesen sind, mit denen Wissenschaft in den vergangenen Jahren hierzulande öffentlich kontrovers wurde. Und dabei ist auffällig, daß „wissenschaftsskeptische Strömungen" in der zweiten Hälfte der 90er Jahre vor allem bei den Disziplinen entstanden, bei denen die eben genannten Bedingungen relativer

Autonomie fragwürdig geworden sind. Sie gehörten keineswegs ausschließlich, aber doch im besonderen Maße zu den biomedizinischen Forschungskomplexen. Hier lassen sich die Gründe für einen Vertrauensverlust besonders eindeutig demonstrieren. Sie ergeben sich nicht unbedingt aus den überdurchschnittlichen Fehlermengen *per se*, obwohl diese gerade in der Medizin auffällig sind; hier mit der Folge, daß die Verfallsdauer von Befunden zur Ätiologie und Therapie von Krankheiten in vielen Bereichen atemberaubend niedrig liegt.[5] Vertrauen verschwindet dann, wenn die vorhandenen Fehlermengen auf einen systematischen Bias zurückgeführt werden können, der die Integrität der beteiligten Wissenschaft in Frage stellt.

Vorhandene Forschungen legen die Folgerung nahe, daß allzu enge Verknüpfungen von Wissenschaft und Praxis, zum Beispiel symbiotische Verhältnisse von Forschung und Industrie, Befangenheiten auslösen können, die der Wahrheitsfindung nicht unbedingt dienlich sind.[6] Es ist dann auch nicht folgenlos, daß der Anteil der biomedizinischen Forschung außerordentlich hoch ist, der im Interessenbereich der Pharmaindustrie angesiedelt bzw. ihm als Auftragsforschung unmittelbar verbunden ist. Daß dieser Anteil noch steigt, ergab sich nicht nur in den USA aus der Kürzung staatlicher Forschungsmittel. Probleme ergeben sich dann, wenn die Konditionen kommerzieller Finanzierung der Forschung die Eigenbelange der Wissenschaft nicht hinreichend respektieren. Solch ein Fall wurde kontrovers an einem instruktiven Beispiel diskutiert, das an der Universität Berkeley stattfand. Zwischen deren Abteilung für Mikrobiologie und der Firma Novartis wurde ein Vertrag geschlossen, der die

5 Medizinstatistiker sprechen für den Bereich medizinischer Forschung von „einer Flut von Studien, die nicht viel aussagen", deren Befunde deshalb auch kaum bestandsfähig sind. Den Hauptfehler sehen sie darin, „dass man Studien mit zu wenig Patienten macht und die Untersuchungen daher nicht die entsprechende sogenannte Power haben. Vor zwei Jahren habe ich Beiträge zu einem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Radioonkologie dazu ausgewertet. 80 Prozent der etwa 100 Beiträge dieses Kongresses hatten nicht die erforderliche Power." (Hans-Hermann Dubben in einem Interview der ZEIT, 27.12.2001:35; ähnlich sein Kollege, der Medizinstatistiker Hans-Peter Beck-Bornhold, im gleichen Interview).

6 In dieser Hinsicht ergab eine kanadische Studie interessante Befunde (Stelfox et al. 1998): Es wurden 70 Veröffentlichungen über die Wirkungen von Kalziumantagonisten als Bluthochdruckmittel analysiert. Festgestellt wurde, daß 96 Prozent derjenigen, die nach ihren Untersuchungen deren Verwendung befürworteten, kommerzielle Beziehungen zu den Herstellern des Medikaments unterhielten – Beziehungen, die mit zwei Ausnahmen im übrigen verschwiegen wurden; ähnliche kommerzielle Beziehungen unterhielten dagegen nur 37 Prozent der Forscher, die anschließend Kritiker seiner Verwendung waren (vgl. Blomert 2001).

Autonomie der beteiligten Wissenschaft offenkundig zu sehr einschränkte.[7] Wenn das richtig ist, erscheinen die Mechanismen der Selbstkontrolle, mit denen die Wissenschaft ihre Professionalität und Integrität schützt, in problematischer Weise außer Kraft gesetzt.

Was ist in solchen Fällen zu tun? Worauf müßten Problemlösungen achten? Dazu im folgenden drei abschließende Bemerkungen.

Erstens: Im Falle des Novartis-Deals der Universität Berkeley hat die amerikanische „scientific community" empfindsam reagiert und für die Fälle von „public-private partnership", die auch in Deutschland von der Politik gern propagiert werden, Bedingungen eingeklagt, die zwar keineswegs kommerzielle Abhängigkeiten von Forschern grundsätzlich diskreditieren und ausschließen sollen – darum kann es ja nicht gehen! – , wohl aber die Transparenz darüber sicherstellen wollen, daß der „code of ethics" der Wissenschaft dabei nicht verletzt wird.

Fragt man nach den entsprechenden Normen, so läßt sich auf die „Regeln guter wissenschaftlicher Praxis" verweisen, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Jahre 1998 mit dem Ziel formuliert hat, sowohl die Universitäten als auch die großen Wissenschaftsgemeinschaften, von der Max-Planck-Gesellschaft bis hin zur Leibniz-Gemeinschaft darauf zu verpflichten. Dabei geht es in erster Linie um die Selbstverpflichtung von Forschern und Forschungseinrichtungen und um die Institutionalisierung einschlägiger „codes of ethics" in bestimmten Verfahren der Selbstkontrolle. Das Ziel ist, die Forschung vertrauenswürdiger zu machen. Das setzt einerseits die Professionalität, andererseits die Integrität der Forscher voraus.

Daß die kognitiven und moralischen Standards von Professionalität und Integrität nicht ungefährdet sind und daß deshalb ein Bedarf an der

7 Der Vertrag zwischen der Universität Berkeley und Novartis sieht u.a. vor: „(1) Zwei Mitglieder der Firma sitzen in dem fünfköpfigen Ausschuss des Mikrobiologischen Instituts, der die Forschungsmittel verteilt. (2) Die Firma erhält den Zugang zu Publikationen der Forscher 30 Tage, bevor sie veröffentlicht werden. Um Zeit für die Anmeldung eines Patents zu gewinnen, kann Novartis darauf bestehen, die Veröffentlichung nach der 30-Tage-Frist um weitere 60 Tage zu verschieben. (3) Novartis kann darauf bestehen, daß der Firmenname in Vorträgen oder Aufsätzen nicht genannt wird." – Im Gegenzug verpflichtet sich Novartis, die Fakultät fünf Jahre lang mit jährlich fünf Millionen Dollar zu unterstützen. (Blomert 2001: 25)

Verbreiterung und Verbesserung wissenschaftlicher Kontrollmechanismen existiert, ergab sich aus dem Aufkommen öffentlich leicht skandalisierbarer Betrugsfälle, die sich vor allem im Bereich der biomedizinischen Forschung ereigneten. Sie haben in den späten 90er Jahren für Verstörungen und nachfolgend auch für die genannten Problemlösungsversuche geführt. Ob die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) intendierte Selbstverpflichtung auf „Regeln guter wissenschaftlicher Praxis" allerdings tatsächlich normative Geltung erlangt hat und ob die Selbstkontrollmechanismen der Wissenschaft dabei hinreichend funktionieren, bleibt offen und erscheint eher zweifelhaft.
Die DFG selber, beunruhigt durch neuere Fälle wissenschaftlichen Fehlverhaltens, welche wieder im Medizinbereich, dann aber auch in der Physik aufkamen,[8] beklagt eine gewisse Folgenlosigkeit ihrer Anstrengungen. Der gegenwärtige DFG-Präsident, Ernst-Ludwig Winnacker, konstatiert: „Vieles bleibt hinter den Mauern des Schweigens verborgen", und er fordert im übrigen eine Änderung des Dienstrechts von Wissenschaftlern, „um wissenschaftliches Fehlverhalten schärfer fassen" und dann auch wirksamer ahnden zu können (Winnacker 2001: 2 f.; Einhäuple/Winnacker 2002: 44). Die Frage stellt sich, ob und unter welchen Bedingungen die Kontrolle der Wissenschaft als reine Selbstkontrolle überhaupt funktionieren kann.

Dazu eine zweite Bemerkung: Wenn Selbstkontrollen nicht oder nicht hinreichend funktionieren, dann ist es kaum verwunderlich, daß sich in den von uns analysierten Kommentaren für bestimmte Forschungsfelder auch eine Überdramatisierung von Wissenschaftskritik und nachfolgend die Forderung drastischer Fremdkontrollen finden läßt: „Es gibt in der Biowissenschaft", so die Frankfurter Rundschau, „offenbar kaum mehr etwas, was nicht denkbar und machbar erscheint. Es wird deshalb höchste Zeit, daß die Zukunftsweichen nicht mehr alleine in den Labors gestellt werden. Die Debatte gehört in die breite Öffentlichkeit, die ihrerseits auch mit Verboten und Gesetzen Grenzen steckt" (FR 28.2.97).

8 Im Medizinbereich geht es in einem Falle um verdächtige Mängel bei einer Göttinger Nierenkrebsstudie, im anderen Falle um eine fragwürdige Münchener Dialysestudie (SZ, 19.11.02). Im Physikbereich geht es um zahlreiche Befundberichte des Nanophysikers Jan Hendrik Schön (Die Zeit, 13.6.2002), deren Fälschungen über längere Zeit hin weder von seinem Institut (die Bell Labors in New Jersey) noch von den Herausgebern und Gutachtern angesehener Fachzeitschriften bemerkt wurden (Die Zeit, 13.6.2002).

Bei solchen Postulaten bleibt freilich offen, unter welchen Bedingungen ihre Durchsetzung so gelingen kann, daß die legitimen Eigeninteressen der Wissenschaft nicht grob verletzt werden. Zumindest in den Fällen gesellschaftlich folgenreicher und kommerziell verwertbarer Forschung erscheinen Forderungen nachvollziehbar, über die Institutionalisierung von Gremien und Verfahren, bei denen neben den unmittelbar betroffenen Wissenschaftlern auch Vertreter unbetroffener Disziplinen und auch der Praxis Platz finden, eine unbefangene öffentliche Beobachtung wissenschaftlicher Prozesse einzurichten; in wissenschaftpolitischen Einrichtungen, zum Beispiel im Wissenschaftsrat, ist dergleichen ja schon lange routinisiert.
Es geht – systemtheoretisch formuliert – um die Institutionalisierung von „Interpenetrationen" zwischen ausdifferenzierten Funktionssystemen und der Öffentlichkeit, um die Regulierung „grenzüberschreitender Kommunikationen", deren Ergebnis nicht die Fremdsteuerung von Wissenschaft, wohl aber die unmittelbare Mitwirkung bei ihren Verfahren der Selbststeuerung sein soll (Münch 1997: 86 ff.). Die Öffentlichkeit, die von Wissenschaft abhängt, muß über ihre Vertreter in der Wissenschaft selber sowohl Gehör finden als auch kritisch beobachten können. Es geht mit der Einrichtung und Vervielfältigung hybrider Kontexte gewissermaßen um eine zivilgesellschaftliche Belebung der Vermittlungsbereiche von Wissenschaft und Praxis.

Die Konsequenzen eines solchen Postulats lassen sich am Beispiel der sogenannten „Peer Review" veranschaulichen, des einzig für legitim gehaltenen Evaluationsverfahrens in der Wissenschaft. Peers sind die Zunftgenossen aus den jeweiligen Forschungsbereichen der zu evaluierenden Forschungseinheit. Natürlich braucht man solche Peers, um ermessen zu können, worum es geht, und um dann auch einschätzen zu können, ob sich die zu evaluierende Forschung auf dem „State-of-the-art"-Niveau des Fachs bewegt. Andererseits ist die exklusive Besetzung von Evaluationsgremien mit Peers anfällig für Enge und Befangenheit des Gremienurteils. Für valide und zuverlässige Bewertungen bedarf es deshalb auch der Mitwirkung sowohl von fachfremden Gutachtern sowie, in allen Forschungsfeldern von öffentlicher Bedeutung, von Vertretern der betroffenen Praxisfelder und „Repräsentanten des öffentlichen Lebens". Deren Funktion bestände neben allem sonstigen auch darin mitzubestimmen, wenn es gilt, Leistungen der Wissenschaft nicht nur wissenschaftlich zu bewerten, sondern ihre „praktische Bewährung"

einzuschätzen. Diese Einschätzung bedarf eines Formats von Diskursen, das die Wissenschaft nicht nur als akademisch reklamieren kann.

Wie steht es unter diesen Bedingungen mit der viel berufenen „Öffentlichkeitsarbeit" der Wissenschaft? Wäre an dieser Stelle noch Raum und Zeit, diese abschließende Frage systematisch anzugehen, dann wäre vonnöten, zwischen verschiedenen Öffentlichkeitsformen gründlich zu unterscheiden und dabei vor allem sowohl die Differenzierung als auch den Zusammenhang einer Vielzahl von kleinen und großen Öffentlichkeitsforen darzustellen. Dies wäre wichtig, um die Tendenz zu korrigieren, die Öffentlichkeitsarbeit der Wissenschaft ausschließlich auf den Medienbereich zu beziehen. Auszugehen ist nämlich davon, daß die sogenannte „breite Öffentlichkeit", die von den Massenmedien bedient wird, kaum zur Aufklärung beizutragen vermag, wenn die Wissenschaftskontrolle
den Journalisten überlassen bleibt. Man braucht zwar den Eifer und das Interesse von Journalisten für das dauerhafte Funktionieren wissenschaftlicher Selbstkontrolle und für die wirksame Dramatisierung ihrer Probleme, wenn es diese gibt. Darüber hinaus erscheinen sie mit ihrer Professionalität auch als Gegengewicht zu den sich verstärkenden PR-Anstrengungen der Wissenschaft unerläßlich. Aber ihre Nachrichteninteressen folgen eigenen Zwecken und Regeln, und die Wissenschaft täte nicht gut daran, sich dem überspannten Nachrichtenbetrieb medialer Öffentlichkeit allzu sehr zu überlassen.

Es kommt, was den Medienverkehr der Wissenschaft und den Wissenschaftsverkehr der Medien angeht, auf die Wahrung kritischer Distanzen an. Aus Sicht der Wissenschaft sind die Medien mit ihren Tagesinteressen der Hektik der Börsen vergleichbar, und Journalisten sind gewissermaßen die Börsianer der Wissenschaft. Sie erwarten vom Produzenten interessante Botschaften nach ihrem Gusto, erschweren dadurch aber, wenn man sich zu sehr und zu häufig auf sie einläßt, längerfristige Planungen und das Ausreifen von Innovationen. Für das Gelingen von Innovationen sind aber Umwege und Sackgassen, auch gewisse Fehlertoleranzen in der Regel unvermeidbar, bevor sie Marktreife besitzen. Genau mit diesen Argumenten begründete der Porsche-Chef Wendelin Wiedeking seinen für die Firma überaus erfolgreichen Widerstand gegen die Börsen. Was für die Wirtschaftsunternehmen „shareholder value" darstellt, ist für Forschungseinrichtungen „news value". Es gibt gute Gründe, denke ich,

auch ihnen das Porsche-Modell zu empfehlen.
Dies würde die akademischen Verpflichtungen zur „Öffentlichkeitsarbeit" stärker auf jene kleinen Foren der Öffentlichkeit beziehen, in denen die Wissenschaft ihre „stakeholder" besitzt. Ich meine damit nicht nur die hybriden Gremien- und Veranstaltungskontexte, in denen sich die Wissenschafts/Praxis-Beziehungen im oben schon angesprochenen Sinne verstärken lassen. Ich meine auch nicht nur den weitläufigen Vortrags- und Seminarbetrieb, der sich rund um Akademien, Forschungsinstitute und Veranstaltungsunternehmen der verschiedensten Art aufspannt. Ich meine mit besonderer Emphase jene Öffentlichkeiten, die sich aus dem universitären Zusammenhang von Forschung und Lehre ergeben. Die oberste Öffentlichkeitsverpflichtung von Wissenschaftlern findet in den Universitäten statt, und die Studenten sind ihr erstes Publikum. Dieses Publikum wird in unserem Hochschulsystem ausgesprochen schlecht behandelt. Umso mehr Anlaß, die Öffentlichkeitsarbeit der Wissenschaft, auch der außeruniversitär plazierten Forschung, darauf zu verpflichten.

Literatur

Blomert, Reinhard (2001), „Zwischen Humboldt und Coca Cola," in: Die Zeit, 9. August 2001, S.25

Bühl, Walter L. (1974), Einführung in die Wissenschaftssoziologie, München (Beck)

Derlien, Hans-Ulrich (1997), „Elitezirkulation und Institutionenvertrauen", in: Berliner Journal für Soziologie, Bd.7, Heft 4, S.539-556

Einhäupl, Karl Max, Ernst-Ludwig Winnacker (2002), „Expertise in der Krise – Ein Gespräch über Kontrolle, Freiheit und Betrug in der Wissenschaft", in: Die Zeit, Nr. 47, 14. November 2002, S. 43

EU-Kommission, Generaldirektion Forschung (2001), Eurobarometer 55.2: Wissenschaft und Technik im Bewußtsein der Europäer, Brüssel

Gallopín, Gilberto C., Silvio Funtowicz, Martin O´Connor, Jerry Ravetz (2001), „Science for the twenty-first century: from social contract to the scientific core", in: International Social Science Journal, No. 168, S. 219-230

Hagen, Lutz M. (1992), „Die opportunen Zeugen – Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszä hlungsdiskussion", in: Publizistik 37, S. 440-461

Kepplinger, Hans Mathias (1998), „Instrumentelle Aktualisierung – Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte", in: Max Kaase, Winfried Schulz (Hg.), Massenkommunikation, Sonderheft 30, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen (Westdeutscher Verlag), S.199-220

Koch, Claus (1999), „Ein Publikum, das diesen Namen verdient, haben die Wissenschaften nicht", in: Gegenworte, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Heft 2, S. 55-59

Kohlenberg, Kerstin (2002), „Die Stammzell-Macht",

in: Der Tagesspiegel, 14. Januar 2002, S. 25
Listhaug, Ola, Matti Wiberg (1995), „Confidence in Political and Private Institutions", in: Citizens and the State, Beliefs in Government, Vol. 1, hrsg. von Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs, Oxford (Oxford University Press), S. 298-322

Luhmann, Niklas (1970), „Selbststeuerung der Wissenschaft", in: ders., Soziologische Aufklärung – Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Köln/Opladen (Westdeutscher Verlag), S. 232-252

Luhmann, Niklas (1973), Vertrauen – Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, 2. Aufl., Stuttgart (Enke)

Markl, Hubert (2001), Biowissenschaften: Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen?, Sankt Augustin (Konrad-Adenauer-Stiftung)

Merton, Robert K. (1985; zuerst 1942), „Die normative Struktur der Wissenschaft", in: ders., Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen – Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt am Main (Suhrkamp), S. 86-99

Neidhardt, Friedhelm (1979), „Praxisverhältnisse und Anwendungsprobleme der Soziologie – Eine integrationstheoretische Analyse", in: Günther Lüschen (Hg.), Deutsche Soziologie seit 1945, Sonderheft 21, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen (Westdeutscher Verlag), S.324-342

Neidhardt, Friedhelm (1994), „Öffentlichkeit und Selbstkontrolle: Die Rolle der Experten", in: ZUMA-Nachrichten, Jg. 35, 18. November 1994, S. 18-27

Neidhardt, Friedhelm (2002), „Öffentlichkeit und Gemeinwohl – Gemeinwohlrhetorik in Pressekommentaren", in: Herfried Münkler, Karsten Fischer (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn, Berlin (Akademie-Verlag), S. 157-175

Neidhardt, Friedhelm, Christiane Eilders, Barbara Pfetsch (2001), „Die Stimmen der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren", Abschlußbericht an die DFG, Mskr. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Page, Benjamin I., Robert Y. Shapiro, Glenn R. Dempsey (1987), „What moves public opinion?", in: American Political Science Review, Vol. 81, No.1, S. 23-43

Parsons, Talcott, Gerald M. Platt (1973), The American University, Cambridge, Mass.

Ruhrmann, Georg (1992), „Genetic engineering in the press", in: Biotechnology in public, A review of recent research, London (Science Museum), S. 169-199

Schönbach, Klaus (1977), Trennung von Nachricht und Meinung, Freiburg/München (Alber)

Staab, Joachim Friedrich (1990), Nachrichtenwerttheorie, Freiburg/München (Alber)

Stelfox, Henry T., et al. (1998), „Conflict of interest in the debate over Calium Channel Antagonists", in: New England Journal of Medicine, Heft 338, S. 101-106

Tenbruck, Friedrich H. (1971), „Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit", in: H. Maier, K. Ritter, U. Matz (Hg.), Politik und Wissenschaft, München (Piper), S.323-356

Weingart, Peter (2001), Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist (Velbrück)

Winnacker, Ernst-Ludwig (2001), „Gute wissenschaftliche Praxis sichern", in: „forschung – Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft", Heft 4/2001, S.2-3

Anhang A:
Kommentardaten

Tabelle A1
Art der Wissenschaftsbezüge (in Prozent):

	Welt	FAZ	SZ	FR	taz	Gesamtvorkommen
Wissenschaftspolitik	9,6	24,7	21,6	18,0	13,2	18,6
Wissenschaft/Forschung	10,7	19,7	20,2	10,7	9,5	14,2
Wissenschaftsanwendung	79,8	55,6	58,1	65,3	76,7	67,2
N =	84	81	74	75	73	387

Tabelle A2
Vorkommen der Disziplinen in Pressekommentaren (in Prozent):

	Welt	FAZ	SZ	FR	taz	Gesamtvorkommen
Wissenschaft allgemein	13,1	24,7	13,5	8,0	6,8	13,4
1.Wirtschaftswissenschaften (v.a. Konjunkturforschung)	34,5	16,0	27,0	17,3	15,1	22,2
2.Sozialwissenschaften (incl. Demoskopie)	11,9	14,8	6,8	8,0	26,0	13,4
3.Biologie (v.a. Genforschung)	3,6	8,6	13,5	24,0	16,4	12,9
4.Medizin und Psychologie	16,7	8,6	16,2	12,0	6,8	12,1
5.Naturwissenschaften (v.a. Kernphysik, Klimaforschung)	4,8	7,4	8,1	13,3	13,7	9,3
6.Rechtswissenschaften (incl. Kriminologie)	8,3	7,4	6,8	8,0	4,1	7,0
7.Geisteswissenschaften (v.a. Zeitgeschichte)	4,8	12,3	1,4	5,3	5,5	5,9
8.Technikwissenschaften	2,4	–	6,8	4,0	5,5	3,6
N =	84	81	74	75	73	387

Tabelle A3

Bewertungen der Disziplinen in Pressekommentaren (in Prozent):

	positiv	ambivalent	negativ	positiv-negativ	bewertete Fälle
Wissenschaft allgemein	76,9	10,3	12,8	+ 64,1	39
1. Wirtschaftswissenschaften (v.a. Konjunkturforschung)	78,6	10,7	10,7	+ 67,9	84
2. Sozialwissenschaften, incl. Demoskopie	76,5	5,9	17,6	+ 58,9	51
3. Rechtswissenschaften	59,6	22,2	18,5	+ 41,1	27
4. Medizinwissenschaften	44,2	34,9	20,9	+ 23,3	43
5. Geisteswissenschaften (v.a. Zeitgeschichte)	50,0	22,7	27,3	+ 22,7	22
6. Natur-, incl. Geowissenschaften	42,9	22,9	34,3	+ 8,6	35
7. Biologie (v.a. Genforschung)	23,4	42,6	34,0	- 10,6	47
(8. Technikwissenschaften)	(25,0)	(25,0)	(50,0)	(- 25,0)	(12!)

Tabelle A4
Wissenschaftsbewertungen, differenziert nach Zeitungen, N=360 (in Prozent):

Zeitungen	positiv	ambivalent	negativ	positiv-negativ
Welt	64,2	21,0	14,8	+ 49,9
SZ	60,0	25,7	14,2	+ 45,8
FAZ	61,4	21,4	17,1	+ 44,3
FR	52,8	18,1	29,2	+ 23,6
taz	50,7	15,9	33,3	+ 17,4
insgesamt	58,3	20,3	21,4	+ 36,9

Tabelle A5
Beurteilung diverser Akteurskategorien in Pressekommentaren

Akteurskategorie	durchschnittliche Bewertung	N
Wissenschaft/Wissenschaftler	1,79	512
Kirchen/Geistliche	2,03	445
„Prominente"	2,12	114
Unternehmen/-er	2,28	2049
Medien/Journalisten	2,56	858
Politik/Politiker allgemein	2,70	769

Legende:
Die Zahlen stellen Mittelwerte dar, die mit einer Skala
von 1 = positiv bis 3 = negativ ermittelt wurden

Anhang B:
Umfragedaten

Die Daten der folgenden beiden Tabellen entstammen dem Eurobarometer 55.2, der auf repräsentative Umfragen der European Opinion Research Group zurückgeht. Im Mai / Juni 2001 wurden insgesamt 16.029 erwachsene Personen aus den 15 Mitgliedsländern der EU befragt; die deutsche Stichprobe erfaßte 2000 Bundesbürger (EU-Kommission 2001)

Tabelle B1
Einschätzungen zu Statements über Wissenschaft in der EU-Bevölkerung
(Quelle: EU 2001, Tab.18 u.19; N=16.029)

Einstellung zu den folgenden Aussagen	Zustimmung	Ablehnung	Weiß nicht
Wissenschaftlich-technischer Fortschritt wird dazu beitragen, Krankheiten wie Aids, Krebs usw. zu heilen	80,5	9,1	10,4
Dank Wissenschaft und Technik wird es für die künftigen Generationen mehr Möglichkeiten geben	72,4	13,6	14,1
Wissenschaft und Technik bringen mehr Gesundheit, Erleichterungen und Komfort in unser Leben	70,7	19,9	9,4
Der Nutzen der Wissenschaft ist größer als die möglicherweise auftretenden schädlichen Auswirkungen	50,4	24,2	25,4
Auch wenn sich daraus kein unmittelbarer Nutzen ergibt, ist wissenschaftliche Forschung, die das Wissen vergrößert, notwendig und sollte von der Regierung unterstützt werden	75,0	10,4	14,6

Tabelle B2
Respekt für verschiedene Berufsgruppen in der EU-Bevölkerung
(Quelle: EU 2001, Tab.26; N/EU=16.029, N/D=2000)

Welche der folgenden Berufsgruppen respektieren Sie am meisten?	EU insgesamt	Deutschland
Ärzte	71,1	64,4
Wissenschaftler	44,9	42,7
Ingenieure	29,8	26,6
Richter	27,6	35,5
Künstler	23,1	16,4
Journalisten	13,6	8,6
Geschäftsleute	13,5	9,0
Politiker	6,6	7,8

Der Autor

Friedhelm Neidhardt
Geboren am 3. Januar 1934 in Gadderbaum/Bielefeld, Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie, Professuren in Hamburg, Tübingen, Köln und Berlin (FU); Direktor der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) 1988-2000; 1994-2000 WZB-Präsident; 1973-1985 Fachgutachter der Alexander von Humboldt-Stiftung; 1976-1980 Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft; 1978-1985 geschäftsführender Mitherausgeber der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie"; 1980-1987 Mitglied des Deutschen Wissenschaftsrats; seit 1993 Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften; seit 1994 Ehrenmitglied der Humboldt-Universität zu Berlin. Publikationen über: Familie, Jugend, Gewalt, Terrorismus, Universität, Wissenschaft, Öffentlichkeit, soziale Bewegungen.

Foto: Klaus Lehnartz, WZB

WZB-Vorlesungen

1
Lord Ralf Dahrendorf, *Öffentliche Sozialwissenschaft – Nützlich? Lehrreich? Unterhaltsam?*, 15 S., 9. September 2001, WZB 2001

2
Neil J. Smelser, *Social Sciences as Learning Systems*, 22 S.,
16. November 2001, WZB 2002

3
Friedhelm Neidhardt, *Wissenschaft als öffentliche Angelegenheit*, 39 S.,
26. November 2002, WZB 2002

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

D-10785 Berlin
Reichpietschufer 50